

Der Bundesminister der Finanzen
II C BLG 1006 - 40/51

Bonn, den 3. November 1951

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Anfrage Nr. 220 der Fraktion der Bayernpartei
Abgeltung von Besatzungsschäden
- Nr. 2710 der Drucksachen -

Auf die Anfrage Nr. 220 der Fraktion der Bayernpartei gestatte ich mir, namens der Bundesregierung einstweilen folgende Antwort zu erteilen.

Der Wunsch des Deutschen Bundestages, die Alliierte Hohe Kommission zu einer Änderung des in Artikel 6 Ziffer 2b des Alliierten Gesetzes Nr. 47 über die Entschädigung für Besatzungsschäden festgelegten Umstellungssatzes von 1 Deutschen Mark für 10 Reichsmark zu veranlassen, kann auf einen Erfolg nur rechnen, wenn der Alliierten Hohen Kommission die geldlichen Belastungen wenigstens schätzungsweise mitgeteilt werden können.

Die überschlägliche Ermittlung der Aufwendungen, die vertraulich durchgeführt werden mußte, hat einen erheblichen Zeitaufwand erfordert.

Nachdem das Zahlenmaterial vorliegt, ist das Auswärtige Amt gebeten worden, der Alliierten Hohen Kommission umgehend den Beschluß des Deutschen Bundestages mit den Ergebnissen meiner Erhebungen bekanntzugeben.

Die Bundesregierung bemüht sich um eine möglichst beschleunigte Behandlung der Frage durch die Alliierte Hohe Kommission und wird das Ergebnis ihrer Verhandlungen dem Bundestag baldmöglichst zur Kenntnis bringen.

Schäffer